



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss Bühnen der Stadt
Köln**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 25.02.2010

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 14.12.2009, 13:07 Uhr bis 15:48 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Eva Bürgermeister SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anke Brunn SPD

Frau Monika Möller SPD

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD

Herr Dr. Ralph Elster CDU

Herr Franz-Josef Knieps CDU

Herr Klaus Koke CDU

in Vertretung für Herrn
Jung

Frau Katharina Welcker CDU

Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Herr Stefan Peil GRÜNE

Herr Peter Sörries GRÜNE

Herr Dr. Ulrich Wackerhagen FDP

Herr Detlef Alsbach pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Detjen DIE LINKE

in Vertretung für Frau
Senol

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Dr. Martin Müser	FW-KBB
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Karin Reinhardt	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Frau Maren Friedlaender	auf Vorschlag der Grünen (FDP - Fraktion)
Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen
Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Rita Krause	auf Vorschlag der pro Köln
Frau Monika Ruiten	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Maria Blank

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Jung

CDU

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol

Die Linke

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim

auf Vorschlag der CDU

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende Dr. Eva Bürgermeister Herrn Franz-Josef Knieps als sachkundigen Bürger und Frau Maria Blank als sachkundige Einwohnerin für den Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Sanierung des Opernhauses und Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz**
4007/2009

- 2 Sonstiges**

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung des Opernhauses und Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz 4007/2009

Die Architekten erläutern anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zur Sanierung des Opernhauses und des Neubaus des Schauspielhauses am Offenbachplatz.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei den Architekten für die Präsentation. Sie fragt, ob die städtebauliche Aufwertung in die Kostenplanung mit einbezogen worden sei. Außerdem interessiert sie das Aussehen der Platzgestaltung und der Umgebung, denn dies sei ein wichtiger Aspekt für die weitere Diskussion. Sie weist darauf hin, dass der von der Verwaltung vorgegebene Kostendeckel eingehalten werden müsse. Sie fragt, wie dies zu realisieren sei und wo es Einsparmöglichkeiten gebe. Es müsse sichergestellt werden, dass Einsparungen nicht zu Lasten des einen oder anderen Gebäudes vollzogen werden.

RM von Bülow möchte, dass bei einer Entscheidung über ein 300 Mio. Projekt alle Varianten tiefgehend geprüft werden. Sie bedauert, dass der Stadtentwicklungsausschuss nicht wie geplant an der Sitzung beteiligt sei und unmittelbar im Anschluss der Finanzausschuss die Vorlage auf der Tagesordnung habe. Sie fragt zunächst, ob die Verwaltung die Möglichkeit sehe, alle gestellten Fragen zu beantworten, damit man sie in den Fraktionen beraten könne, um in der kommenden Ratssitzung eine Entscheidung treffen zu können. Sie kritisiert, dass der Zeitablaufplan, den sie für einen sehr wichtigen Aspekt halte, kurzfristig von der Gebäudewirtschaft als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Sie fragt, auf welcher Grundlage man die Kosten der Alternative 4 berechnet habe und ob das Gutachten von Gerling & Ahrendt mit einbezogen worden sei. Wie sei die Qualität des Theatergebäudes, wenn man die Alternative 4 wähle und kein Neubau entstehe, sondern das vorhandene Gebäude saniert würde. Sie fragt weiter, ob die Defizite der abgespeckten Version so groß seien, dass sich ein Neubau lohne und wie es mit der künstlerischen Ausgestaltung aussehe. RM von Bülow führt weiter aus, dass der Wettbewerbsentwurf zu einer anderen Vorgabe gemacht worden sei und fragt, ob hieraus rechtliche Konsequenzen entstehen könnten, weil die Wettbewerbsteilnehmer sich nicht auf die abgespeckte Version, sondern auf die Vollversion beworben haben. Welche rechtlichen Konsequenzen gebe es, wenn an Stelle des Neubaus eine Sanierung ausgeschrieben werde.

Frau Brunn weist darauf hin, dass vier Alternativen geprüft werden sollten. Es handele sich hierbei um die volle Bauvariante, zwei kleinere Bauvarianten und die Sanierung. Die vorliegende Variante, die beschlossen werden soll, müsse im Vergleich mit einer Sanierung gesehen werden. Sie fragt, warum man nicht auf das Gutachten von Gerling & Ahrendt zurückgegriffen habe und wie dieses im Verhältnis zu den jetzigen Planungen stehe. Sie halte die Darstellung in der Variante 4 für nicht ganz nachvollziehbar. Sie fragt, was unter heutigen Gesichtspunkten eine Renovierung kosten würde. Sie hält es außerdem für wichtig darzustellen, wie man finanziell und zeitlich das Projekt in den Griff und in den vorgesehen Rahmen bekommen wolle. Sie sehe momentan noch kein Instrumentarium, welches dafür vorgesehen sei.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass die Kostenentwicklung Ende Juni auf rd. 360 Mio. EUR festgestellt worden sei. Dies geschah zu dem Zeitpunkt, an dem der Vorentwurf ausgearbeitet werden sollte, um dies zu bewerten. Vor diesem Hintergrund

habe der damalige Oberbürgermeister Schramma am 7. Juli 2009 einen Weiterplanungsstopp für die Vorplanung verfügt. Man habe die Aufgabe gehabt, fünf unterschiedliche Alternativen zu erarbeiten. Die 5. Alternative war der Bau eines komplett neuen Ensembles an einem neuen Standort und es wurden drei Alternativen definiert. Die Erste Alternative sei die Vollversion, bei der man ggf. Einsparungen machen könne. Die zweite und dritte Alternative sei eine reduzierte Version mit und ohne Orchester-Probenraum und Ballettkompagnie. Die Verwaltung habe Anfang September eine entsprechende Vorlage fertig gestellt. Er berichtet weiter, dass mehrfach in verschiedene Richtungen interveniert wurde, dass der alte Rat eine Entscheidung treffe, dies sei leider nicht gelungen. Der neue Oberbürgermeister habe eine gewisse Zeit gebraucht, um das Thema erneut aufzugreifen, welches er sehr schnell und zielorientiert getan habe.

Zur städtebaulichen Aufwertung des Areals berichtet er, dass das Wettbewerbsergebnis eine kleine Reduzierung im Volumen des Gebäudes aufweise. Aus Gründen der Bautechnik, im Verhältnis zur Nord-Süd-Fahrt und des Nachbarschaftsschutzes in der Brüderstraße, gebe es mehrere Gründe, warum es vorteilhaft sei, dass das Gebäude etwas kleiner, allerdings nicht niedriger werde. Die notwendige Höhe der Technikaufbauten lasse es nicht zu, dass niedriger gebaut werden könne. Er weist darauf hin, dass das Gebäude höher werde als das Opernhaus. Die öffentlichen Flächen, die neu gestaltet werden müssen, seien in der vorliegenden Kostenschätzung enthalten. Sowohl ein neu zu gestaltender Offenbachplatz, als auch der Operngarten. Hierfür werden Freiraumplaner für das Projekt beauftragt.

Betreff des Kostendeckels sei man vom Oberbürgermeister angehalten worden, das Projekt für 295 Mio. EUR zu realisieren.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass man mit der vorliegenden Unterlage - welche als Tischvorlage verteilt wurde - versucht habe, die Meilensteine des Zeit-/Maßnahmenplanes aufzuzeigen.

Er erklärt weiter, dass die Kostenentwicklung der Alternative 4 auf der Sanierung mit Funktionsverbesserungen basiere und mit 257 Mio. berechnet worden sei. Diese Funktionsverbesserungen beinhalten, dass das Schauspielhaus entsprechende Neben- und Hinterbühnen sowie Flächen zur Montage erhalte. Diese Alternative beinhalte ebenfalls den Abbruch der Opernterrassen und einen Neubau an dieser Stelle für eine Studiobühne und ggf. für die Kinderoper. Die Alternative 4 tauche in der aktuellen Beschlussvorlage in dieser Form allerdings nicht mehr auf. Er weist zusätzlich darauf hin, dass es sich nicht um eine Notsanierung, die 90 Mio. kosten würde, handele.

Beigeordneter Streitberger macht darauf aufmerksam, dass die Berechnungen von Gerling & Ahrendt nach dem Ratsbeschluss aus dem Jahre 2006 nicht weiter verfolgt worden seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob es zu dem Gutachten eine vertiefende Auseinandersetzung, z.B. in Form eines Symposiums, gegeben habe.

Beigeordneter Streitberger verneint dies und erläutert, dass hierzu eine intensive Diskussion geführt worden sei, bei der sich herausgestellt, dass die im Wettbewerb verfolgte Variante die gewünschte sei. Dies sei in Form einer Verwaltungsvorlage geschehen, die die Stimmung im Rat widerspiegelt.

Zu den Defiziten der abgespeckten Version erklärt Beigeordneter Streitberger, dass sich hierzu Frau Beier äußern müsse, weil sie diejenige sei, die damit arbeiten müsse. Es sei seitens der Gebäudewirtschaft bereits deutlich gemacht worden, dass man einen Lastenaufzug rausnehme. Damit nehme man zwar ein Stück Komfort heraus, ent-

laste allerdings dadurch finanziell das ganze Haus. Ansonsten habe man im Schauspielhaus das volle Programm, so wie es bestellt worden sei. Allerdings gebe es noch das Defizit des Restaurants.

Er erläutert weiter, dass die Modifizierung des Wettbewerbentwurfs keine rechtlichen Konsequenzen habe, da man mit den Architekten weiterarbeite, welche den Wettbewerb gewonnen haben. Es habe für die Verwaltung ggf. die Konsequenz, dass Planungskosten verloren gehen, da das bereits Erarbeitete bezahlt werden müsse. Er weist darauf hin, dass die rechtlichen Konsequenzen bei einer Sanierung in der Vorlage aufgeführt seien. Man könne bei einer Sanierungsvariante nicht automatisch das Architektenbüro JSWD beauftragen. Hier müsse nach dem VOF-Verfahren europaweit ausgeschrieben werden. Die Arbeit mit den beauftragten Fach-Ingenieuren könne jedoch fortgesetzt werden.

Beigeordneter Streitberger zeigt auf, dass die Variante einer Notsanierung für beide Häuser 90 Mio. EUR koste und ohne funktionale Veränderung und Verbesserung wäre. Hiervon seien lediglich der Brandschutz und die Bühnentechnik betroffen.

Er weist außerdem darauf hin, dass es nicht nur einen Jour-Fix zwischen dem Beigeordneten Prof. Quander und ihm gebe, sondern auch eine entsprechende Projektsteuerung. Aus seiner Sicht wäre ein begleitender Ausschuss wünschenswert.

Herr Dr. Elster betont, dass seine Fraktion mit der Vorlage prinzipiell nicht zufrieden sei. Man habe das Gefühl, dass in Bezug auf das Timing alles bereits abgestimmt gewesen sei. Es sei nun die Rede von einer Investition von 350 bis 400 Mio. EUR und über Zeithorizonte von 50 bis 60 Jahren. Er halte es für fast unmöglich, dies innerhalb von einer Woche in der Beratungsfolge der Fachausschüsse zu beschließen. Er begrüßt, dass im Betriebsausschuss die Intendanz der beiden Häuser anwesend sei und würde gerne deren Standpunkt zu der abgespeckten Variante hören. Es seien viele Dinge gestrichen worden, die man mit diesem Bauwerk beabsichtigt habe und die im Wettbewerb ausgeschrieben wurden. Er nennt das Beispiel der Sanierung der Orchester-Proberäume. Das Gleiche plane man mit den Werkstätten, welches seine Fraktion allerdings tolerieren könne. Außerdem kritisiert er den geplanten Verzicht auf die Ballett-Proberäume. Er zeigt auf, dass dies noch nicht beschlossen sei und davon abhinge, wie sich der Betriebsausschuss Bühnen und der Rat dazu positioniere. Er weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Kulturentwicklungsplan immer wieder betont worden sei, dass Köln ein Tanzzentrum ist. Er hätte gerne gewusst, ob es Zusagen gebe, Köln als Tanzschwerpunkt NRW auszubauen und ob finanzielle Möglichkeiten avisiert worden seien, um diese eventuell dem Tanz zu Gute kommen zu lassen. Das Thema städtebaulich zu bewerten sei ebenfalls wichtig, aber Sache des Stadtentwicklungsausschusses. Er bittet die Verwaltung, um eine Stellungnahme bezüglich der Tanzkompagnie und zum Thema Ballett-Probräume.

Frau Ruiten fragt, ob entgegen der ursprünglichen Planung zur Kostenreduzierung Sicherheitspositionen und Gewerke herausgerechnet worden seien. Außerdem fragt sie, welche Kontrollmechanismen man für einen reibungslosen Ablauf des Bauvorhabens einbauen könne, oder bereits vorgesehen habe. Sie fragt weiter, inwieweit Sicherheitsmaßnahmen im Budget vorgesehen bzw. geplant seien. Sie hebt hervor, dass der Wegfall des Lastenaufzuges im Opernhaus und im Produktionszentrum keine Bagatelle sei und es hierbei nicht um wegfallenden Komfort gehe. Sie halte im Bereich der Bühnen einen Lastenaufzug für zwingend erforderlich. Dies gelte ihres Erachtens auch für den Wegfall eines Personenaufzuges. Sie fragt, ob die Reduzierung der Rettungswegbreite des südlichen Treppenhauses im Schauspielhaus nach geltenden Sicherheitsbestimmungen zulässig sei.

RM Möller verweist auf die Aussage von Dezernent Streitberger, dass in der Kostenkalkulation die Neugestaltung des Offenbachplatzes enthalten sei. Sie bemerkt, dass dies aus der vorliegenden Aufstellung nicht zu entnehmen sei und fragt in diesem Zusammenhang, wie hoch die Abrisskosten der beiden Gebäude seien, die für die Platzgestaltung bzw. den Neubau notwendig seien.

Herr Sörries weist darauf hin, dass die geplanten räumlichen Einsparungen hauptsächlich an dem neuen Baukomplex vorgenommen worden seien, während in dem alten Baukomplex angebaut und neue Proberäume geschaffen werden sollen. Er fragt, ob man die Proberäume nicht ebenfalls in die Stolberger Straße verlegen könne. Es müsse seines Erachtens geprüft werden, ob ein 1A-Gebäude entstehen müsse. Außerdem gebe es Synergieeffekte für die Produktionen des Gürzenich-Orchesters, wenn man die Dinge vor Ort stattfinden lasse. Es sei bisher ebenfalls nicht beschrieben worden, wie man künftig Synergieeffekte im Hinblick auf die Betriebskostenschüsse erzielen könne.

Herr Dr. Wackerhagen zeigt sich erstaunt darüber, welche Fragen im Bezug auf das Opernquartier gestellt werden. Er weist darauf hin, dass die Oper im Sommer 2010 ausziehen müsse.

Beigeordneter Prof. Quander verweist auf die Darstellungen des Beigeordneten Streitberger über die Umstände, warum es zu den Verzögerungen gekommen sei und man nicht bereits im September über die Vorlage diskutieren konnte. Durch den nun entstandenen Zeitdruck dürfe man die Entscheidung nicht weiter hinauszögern. Er weist darauf hin, dass die Bühnen im Sommer 2010 ins Interim gehen.

Er weist weiter darauf hin, dass man ursprünglich vorgesehen habe, das Orchester an den Offenbachplatz ziehen zu lassen, um den Effekt der Wege durch die Stadt zu vermeiden. Das Orchester sei ohnehin an zwei Spielorten tätig und da der größere Anteil an der Oper gespielt werde, wäre dies sinnvoll gewesen. In Betracht auf die Kostensituation und in Absprache mit dem Orchester sei man zu dem Schluss gekommen, dass der Zustand bleiben könne, wie er sei.

Er erläutert weiter, dass das Thema Tanz schwierig umzusetzen sei, wenn diese Option nicht vorgehalten werde. Im Kulturentwicklungsplan sei vorgesehen, dass Köln den Tanz als eine dritte Sparte bekommen soll. Er halte dies für sinnvoll, allerdings müssen entsprechende Produktionsbedingungen vorhanden sein. Er weist darauf hin, dass die finanzielle Inaussichtstellung des Landes NRW mit der Kooperation der Stadt Bonn gekoppelt gewesen sei. Hierbei handele es sich um eine Tanzkomagnie, für die ein Partner gefunden werden müsste. Für das geplante Tanzhaus gebe es die Zusage des Landes, sich mit 300.000 EUR an den Produktionen zu beteiligen.

Auf die Anfrage von Herrn Sörries antwortet Beigeordneter Prof. Quander, dass Reduzierungen in verschiedenen Bereichen vorgenommen worden seien. Hauptsächlich würden durch den Wegfall der Untergeschosse Einsparungen vorgenommen. Er führt weiter aus, dass in den Berechnungen, die der Ratsvorlage für die Beauftragung der Vollversion zu Grunde lagen, Synergieeffekte im technischen Bereich durch Einsparungen personeller Art und verbesserte Betriebsabläufe sehr wohl betrachtet worden seien. Diese habe man allerdings unter der neuen Fragestellung wieder herausrechnen müssen.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass im Opernhaus ebenfalls ein Lastenaufzug eingespart worden sei. Beide Häuser sollen in Bezug auf die technischen Produktionsmöglichkeiten ein vergleichbares Ausstattungsniveau erhalten.

Er weist darauf hin, dass der Preisstand des 2. Quartals 2009 weiterhin bestehe, allerdings könne man die Inflation der Zukunft nicht vorhersehen. Die Kostenschätzung

sei auf der Basis der heutigen Preise berechnet worden. Man vereinbare keine Lohn-gleitklauseln und es würden keine Arbeitsstunden, sondern fertige Leistungen gekauft. Es müsse vergegenwärtigt werden, dass Materialien teurer werden und sich dies im Preisgefüge niederschläge.

Er unterstreicht, dass es keine sicherheitsrelevanten Themen bei den Einsparungen gebe. Die Reduzierung der Breite der Treppe im Schauspielhaus sei möglich, weil dort kein Restaurant mehr geplant sei und somit mit weniger Besuchern gerechnet werden könne.

Auf die Frage, wie ein reibungsloser Planungs- und Bauablauf geleistet werden könne antwortet er, dass man eine gute Projektstruktur habe und externe Begleiter sowohl Kosten als auch Zeiten kontrollieren würden. Zur Standsicherheit des Baugrundes berichtet er, dass man auf die übergroße Bautiefe verzichte und deshalb weniger Probleme mit dem Baugrund habe.

Er berichtet weiter, dass man ca. 6,3 Mio. für die Außenanlage kalkuliert habe und weist darauf hin, dass dies in der Kostenschätzung enthalten sei, ebenso die Abbruchkosten.

Sollte man sich für eine Sanierung entscheiden, erläutert Beigeordneter Streitberger, müsse man den Vertrag mit der JDSW qualifiziert beenden. Danach müsse ein neues VOF-Verfahren eingeleitet werden, welches ein halbes Jahr Zeit koste. Es müsse völlig neu geplant werden und dies bedeute einen Zeitverzug von einem Jahr.

Schauspielintendantin Beier hält es für legitim, mit Opernintendant Laufenberg nicht einer Meinung zu sein und dass es verschiedene Haltungen gebe. Sie betont, dass ihres Erachtens die Politik entscheiden und die Verantwortung übernehmen müsse. Sie führt aus, dass es bei ihrem Antritt in Köln einen politischen Beschluss gegeben habe, das Schauspielhaus abzureißen und einen Neubau, mit einem Kostendeckel von 230 Mio. EUR, entstehen zu lassen. Im Sommer 2009 sei man mit der Kostenexplosion konfrontiert worden, welche dazu geführt habe, dass die Diskussion eröffnet wurde, alle Alternativen erneut zu durchdenken. Sie berichtet, dass sie sich dazu hinreißen ließ, sich für den Neubau auszusprechen, den sie eigentlich nicht wollte. Sie habe sich dem damaligen Beschluss des Rates unterworfen. Sie stellt dar, dass nun eine neue Situation entstanden und sie von Oberbürgermeister Roters aufgefordert worden sei, kreativ über Alternativen nachzudenken. Dies habe sie getan und etwas entworfen, was allerdings ihre eigentlichen Kompetenzen als Theaterintendantin überschreite. Sie habe vorgeschlagen, die Hälfte des Planes der Architekten beizubehalten, so dass die Oper quasi unberührt bliebe und das Schauspielhaus neu ausgeschrieben werden könne. Sie erklärt, dass dies allerdings juristisch nicht umsetzbar sei und bedauert, dass sie hierüber nicht informiert worden sei. Sie stellt weiter dar, dass von der Kämmerei gefordert wurde, die Bühnen müssten angesichts der Haushaltskrise Millionenbeiträge einsparen. Sie vermutet, dass der Neubau vor der Haushaltsdebatte geräuschlos beschlossen werden sollte und halte es deshalb für legitim, die Zusammenhänge zwischen einem geplanten Neubau und einer gleichzeitig drohenden Etat Kürzung zu problematisieren.

Schauspielintendantin Beier plädiert dafür, den Mut zu haben, neu zu denken und zu planen, auch wenn sich dadurch die Interimszeit und ggf. Verzögerungen am Bau ergeben. Sie unterstreicht, dass sie entweder bezüglich der Haushaltssituation nicht korrekt informiert worden sei, oder man umdenken müsse. Sie werde nicht zurückrudern und bittet darum, ihren Standpunkt zu respektieren. Sie betont allerdings, dass sie die Entscheidung des Rates akzeptieren werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei der Schauspielintendantin Beier für ihr engagiertes Plädoyer und hält es für gerechtfertigt, dass sie ihre Position in der Öffentlichkeit deutlich mache. Sie stellt dar, dass man sich ihres Erachtens darüber einig sei, eine solche Investition nicht zu Lasten des künstlerischen Betriebes durchzuführen.

Opernintendant Laufenberg verdeutlicht zunächst, dass man ohne Lastenaufzug bei den Bühnen nicht arbeiten könne. Er betont, dass nichts auf Kosten des Schauspielhauses oder zu Gunsten der Oper reduziert werden solle. Auch wenn es momentan den Anschein habe, dass man unterschiedlicher Meinung bezüglich des Gesamtprojektes sei, sollte der Eindruck vermieden werden, jeder kämpfe nur für das eigene Institut. Dies war und sei nicht der Fall.

Er führt aus, dass es bezüglich der Werkstätten natürlich angenehmer wäre, wenn sie im Hause seien, weil man die Arbeitsabläufe besser anpassen und planen könne. Momentan habe man die Bühnendekoration für maximal 5-6 Stücke vor Ort, der Rest werde verpackt und ausgelagert. Er weist darauf hin, dass im Operngeschäft Produktionen mitunter verliehen oder verkauft werden. Demnach gehöre es zur Logistik, dass man ein Fahrgeschäft habe. Insofern seien ausgelagerte Werkstätten nicht optimal, aber vertretbar.

Er führt weiter aus, dass das Gürzenich-Orchester bestrebt sei, Staatsorchester zu werden und dadurch bemüht sei, selbständig zu werden. Dies beinhalte, dass das Gürzenich-Orchester künftig an viele Konzerte gebunden sei und nicht mehr ständig für die Oper zur Verfügung stehe und man somit mit anderen Orchestern arbeiten müsse. Es wäre natürlich von Vorteil, das geschätzte Gürzenich-Orchester durch einen Proberaum an die Oper anzubinden.

Bezüglich des Balletts hofft er, dass es diese Sparte im Jahre 2013 wieder gebe. Die Herausnahme des Probezentrums aus dem Hause bedeute nicht, dass dem Ballett die Auftrittsmöglichkeiten genommen werden.

Opernintendant Laufenberg erklärt, dass er einen Vertrag mit der Stadt Köln über sieben Jahre abgeschlossen habe, in dem festgehalten worden sei, dass das Schauspielhaus saniert und das Opernhaus neu gebaut werde. Hierzu habe es einen entsprechenden Zeitplan gegeben.

Opernintendant Laufenberg habe nach dem Planungsstopp des ehemaligen Oberbürgermeisters Schramma gehofft, dass dieser so schnell wie möglich aufgehoben werde, um den Zeitverzug aufzuholen. Er habe erwartet, dass die von der Verwaltung ausgearbeiteten fünf Punkte auf einen Rat treffen, der für die Sache denkend eine Entscheidung herbeiführe. Er habe sich nicht vorstellen können, dass etwas anderes diskutiert werde als die Variante 2 und 3.

Der neue Oberbürgermeister Roters habe bereits im Wahlkampf angekündigt, sich dieser Sache anzunehmen. Diese Zeit habe er sich genommen und entsprechende Gespräche geführt. Der Oberbürgermeister habe ihm gegenüber deutlich gemacht, dass er nicht über 5 Punkte abstimmen lassen möchte, sondern eine Vorlage erarbeiten lasse, die mit der Opernintendantin, der Verwaltung, der Rechtsabteilung und mit den Beratern der Architektur abgestimmt werde und die der Oberbürgermeister für richtig halte. Opernintendant Laufenberg äußert seine Verwunderung darüber, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Vorlage die meisten Fragen stellen würden, obwohl der Oberbürgermeister von ihnen gewählt worden sei. Man habe dem Oberbürgermeister das Vertrauen ausgesprochen, diese Stadt zu führen und insofern in sachlich richtiger Weise Vorschläge zu machen, um eine Entscheidung herbeizuführen, die diese Stadt dringend braucht. Er betont, dass er nicht

auf die Ausführungen von Frau Beier eingehe um zu vermeiden, in gewisse feindliche Positionen zu geraten. Er plädiert dafür, dem Vorschlag der Architekten zuzustimmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei Opernintendant Laufenberg für dessen Beitrag. Es sei positiv, dass der Oberbürgermeister in Anbetracht der vorhandenen Zeitprobleme sehr schnell eine Vorlage vorgestellt habe, die mit der Verwaltung und mit den Bühnen der Stadt Köln abgestimmt sei. Der gewählte Rat habe gegenüber den Bürgern jedoch die Verpflichtung, Fragen an die Verwaltung zu stellen. Sie weist darauf hin, dass die Diskussion durch Einlassungen verschiedener Akteure eine neue Dimension bekommen habe. Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass man mit einem Neubau eine langfristig angelegte Investition in die kulturelle Infrastruktur der Stadt Köln mache. Bei der Frage der Bühnenausstattung handele es sich um eine Entscheidung, die man Jahr für Jahr treffen müsse. Darüber sei man sich im Klaren und dies sei eine wichtige Sache. Es sei bisher nicht erwähnt worden, dass die finanziellen Belastungen nicht im nächsten Jahr wirksam werden, sondern erst im Jahre 2014. Zurzeit könne noch nicht beurteilt werden, wie die finanzielle Situation dann aussehe. Gleichwohl sollte es erlaubt sein, Fragen bezüglich der Finanzen und der Finanzausstattung zu stellen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Müser bezüglich der Investitionskosten und Inflation antwortet Beigeordneter Streitberger, dass er die Inflationsrate der nächsten Jahre nicht voraussehen könne. Dies gelte für alles, was man plane und baue oder im Haushalt veranschlagt werde.

Zur Frage von RM Detjen betreffend der Notsanierung weits er darauf hin, dass die Unterlagen erarbeitet worden seien. Er führt aus, dass hier zwar die brand- und arbeitsschutztechnischen Mängel z.B. bei der Bühnentechnik beseitigt würden. Diese Maßnahme würde allerdings die übrigen Mängel des Hauses in keiner Weise beheben und bauphysikalische Fragen seien damit auch nicht geklärt.

RM Dr. Elster fragt nach den Auswirkungen, wenn man erst später eine Entscheidung treffe.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass man unter enormem Zeitdruck stehe, weil die bau- und betriebstechnischen Mängel so massiv vorhanden seien, dass man im Sommer des nächsten Jahres das Opernhaus definitiv schließen müsse. Er betont, dass die Lücke zwischen der Schließung und dem Neubau immer größer würde, wenn es nicht zeitnah zu einer Entscheidung käme. Durch den Planungsstopp sei man unter anderem daran gehindert worden, die Abbrucharbeiten und die archäologische Untersuchung auszuschreiben.

Er antwortet auf die Frage von RM Zimmermann betreffend einer anderen Art der Ausschreibung und der damit verbundenen Kosten, dass man sich noch nicht im Ausschreibungsverfahren befinde. Er weist darauf hin, dass man plane, jedes Gewerk separat ausschreiben zu können. Dadurch könne man kurz vor der Veröffentlichung der Ausschreibung entscheiden, ob ein Generalunternehmer oder einzelne Gewerke ausgeschrieben werden. Er führt aus, dass es keine Tendenz zwischen Neubau und Sanierung gebe und betont, dass sich die Sanierungskosten den Neubaukosten sehr stark annähern, weil es sich um einen massiven Eingriff in die Gebäudesubstanz handle.

Auf die Frage von Herrn Sörries bezüglich der Studiobühne erläutert Beigeordneter Streitberger, dass der Verbleib der Studiobühne an dem jetzigen Ort aus betrieblichen Gründen nicht vorgeschlagen werde. Dies würde auch nicht zu einer Reduzierung der Höhe des Schauspielhauses führen und sei leider nicht möglich. Die Höhe des

Schauspielhauses hänge von dem Bühnenturm des großen Saales und der Anlieferungszone ab.

Frau van Duiven fragt nach den Kosten des Freiraumes.

Beigeordneter Streitberger antwortet, dass kein Freiraumplaner beauftragt worden sei. Dies werde noch in Abstimmung mit den beauftragten Architekten geschehen. Es müsse ebenso eine Abstimmung bezüglich der Neugestaltung des Platzes mit der Denkmalpflege geben. Hierzu gehöre explizit der Brunnen. Außerdem werde eine Neugestaltung des Operngartens vorgeschlagen. Er zeigt auf, dass der Offenbachplatz größer werde, weil Verkehrsflächen zurückgenommen werden.

Frau Brunn betont, dass die mögliche Entscheidung dazu führe, dass dringend ein Tanzhaus als Spielstätte für den Tanz benötige, in dem sowohl eine städtische Tanzkompanie als auch freie Gruppen untergebracht werden können.

Sie zeigt sich verwundert über die Aussage von Prof. Quander, dass der Zeitdruck dadurch entstehe, weil der Rat neu gewählt worden sei und Oberbürgermeister Roters sich der Sache annehme. Sie stellt dar, dass der Zeitdruck hauptsächlich dadurch entstehe, weil im Sommer 2010 das Gebäude geräumt werden müsse und man dann mit einem anderen Kostenergebnis die Planungen abschließe, als man gedacht habe. Sie weist darauf hin, dass im Ausschuss besprochen worden sei, dass es vier Alternativen gäbe. Was jetzt vorgeschlagen werde, sei von der Hülle her das, was ursprünglich gewollt wurde, aber nicht vom Inhalt. Es müsse gegenüber der 4. Alternative abgewogen werden, was einen höheren Nutzwert habe. Der einzige Unterschied bestehe offensichtlich darin, dass die Sanierungsvariante lediglich 30 Mio. EUR billiger sei als Variante 2, über die beschlossen werden soll. Dies sei nicht nachvollziehbar, weil man nicht wisse, was in dem angesprochenen Gutachten von Gerling & Ahrendt an Berechnungen als Variante 4 eingegangen sei. Dies ginge aus der Vorlage nicht hervor und es müsse klar begründet werden. Außerdem stellt sie dar, dass man im Sommer bereits gewusst habe, dass im Falle einer Sanierung neu ausgeschrieben werden müsse. Die Alternative, die jetzt noch einmal nachgeprüft wurde, habe man damals bereits ausgeschlossen, weil es objektiv nicht möglich sei. Sie halte es für schwierig, dass Zugzwänge dadurch entstehen, weil das Planungsrecht etwas anderes vorgebe. Sie bittet die Verwaltung um eine Aussage, ob dies im Sommer ebenfalls gegolten habe und warum dies nicht mitgeteilt worden sei.

Herr Zimmermann fragt, ob durch eine Neuausschreibung der Planungsleistungen einer Sanierung erneut Kosten entstehen, oder es günstiger werden könne.

Beigeordneter Streitberger erklärt ausführlich das Ausschreibungsverfahren. Er hebt hervor, dass nicht die Neuausschreibung des Planers entscheidend für die Kosten sei, sondern das, was in Rückkopplung mit dem Planer bestellt werde. Es seien noch keine Bauleistung ausgeschrieben worden. Wenn dies erfolgt sei, könne man die belastbaren Kosten berechnen.

Frau von Bülow fragt, ob die Entscheidung unabhängig voneinander, z.B. im Abstand von 6 Wochen, getroffen werden könne.

Beigeordneter Streitberger hält dies für nicht realisierbar und erklärt, dass beispielsweise die gesamte Haustechnik damit zusammenhänge. Er weist darauf hin, dass dies zu Konfusionen führen würde.

Herr Dr. Wackerhagen lehnt es ab, die Entscheidung zu verschieben und plädiert dafür, in der kommenden Ratsitzung eine Entscheidung zu treffen. Außerdem spricht er sich dafür aus, dass die Stadt Köln ein Tanztheater benötige.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister die Politik nicht mit dem ganzen Spektrum konfrontieren wollte. Dies sei im Übrigen im Sommer bereits aufgezeigt worden. Es sei der Wunsch des Oberbürgermeisters, nach Rücksprache mit den Fraktionen, den jetzt formulierten Beschlussvorschlag vorzulegen.

Er erklärt weiter, dass die Berechnungen von Gerling & Ahrendt nicht weiter geführt worden seien und dies bis zur Ratssitzung am 17.12.2009 nicht dargestellt werden könne. Die Sanierungsvariante, die in der ursprünglichen Fassung der Vorlage enthalten war, aber nicht schlussgezeichnet wurde, sei eine eigenständige Berechnung und nicht die Fortschreibung von Gerling & Ahrendt. Neben dieser Variante gebe es nur noch die Notsanierung.

Auf Anfrage der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erklärt er, dass das Vergaberecht im Sommer problematisiert und diskutiert worden sei. Es wurde dargestellt, dass es keinen Automatismus gebe, mit dem Planungsbüro JWSD weiterzuarbeiten. Für die Sanierung gebe es die Notwendigkeit, ein VOF-Verfahren einzuleiten, welches erheblich Zeit koste. Er unterstreicht, dass dieser Hinweis bereits gegeben worden sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet abschließend um eine synoptische Darstellung der Betriebskosten und dass die offenen Fragen bilateral geklärt werden. Sie appelliert an die Fraktionen, die Beratungen zügig durchzuführen, denn es sei deutlich geworden, dass eine schnelle Entscheidung getroffen werden müsse.

Beigeordneter Streitberger fasst zusammen, dass die Verwaltung gebeten wurde, die jetzigen Betriebskosten und die Betriebskosten der erneuerten Spielstätten gegenüberzustellen. Ansonsten gebe es aus seiner Sicht keine offenen Fragen mehr.

Frau Brunn bittet darum, die Unterlage, in der die 257 Mio. berechnet worden seien, zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass sie es für wichtig halte, schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen. Dies sei ein wichtiges Signal für Köln.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Sonstiges

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)